

7 Stimmen abgelehnt, weil diese Gruppe als Spitzenstellung zu gelten hat und die Einreihung des Herrn Volz in diese Gruppe der Mehrheit des Stadtrates als zu verfrüht erscheint.

Seinem Wunsche auf Gewährung einer besonderen Entschädigung für Leitung der Stadtparkasse aus dieser Kasse kann ebenfalls nicht entsprochen werden. (1 stimmig)

Stadtrat Neuburg a.d. Donau:

K. Mayer

Oberbürgermeister.

Wink

No. 19

Stadtrats-Sitzung

abgehalten am Montag, den 23. Oktober 1928.

Gegenwärtig:

I. Vorsitzender:

Oberbürgermeister Karl Mayer.

2. Die bürgerlichen Stadträte:

Scherer	Döllgast
Loibl	Lautenschlager
Wink	Metzger <i>m. H.</i>
Heiß	Mohr <i>m. H.</i>
Dr. Gromer	Burghart
Forster	Hees
Wünsch	Schöffel (<i>von 10. abgemeldet</i>)
Bunk	Rathgeber
Nebelmair (<i>von 10. abgemeldet</i>)	Bachmeyer.

Anwesend: 15 stimmberechtigte Mitglieder.

3. Verwaltungsoberinspektor Latteier.

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibits	Referent	Gegenstand
-	-	-	Sitzungsprotokoll vom 1. Okt. 1928.
1	1456	-	Errichtung eines Wolfgang-Wilhelm-Denkmal.
2	1453.	-	Baudarlebensgesuch des Maurers Karl Strauss hier.

Gegenstand	Beschluß	Referent	Nummer des Exhibits	Nummer des Vortrags
	Das Sitzungsprotokoll vom 1. Oktober 1928 wurde bekanntgegeben: Erinnerungen hiegegen wurden nicht erhoben.			
	I. <u>Oeffentliche Sitzung.</u>			
	Der Stadtrat beschliesst in seiner heutigen Sitzung bei 19 stimmberechtigten, ordnungsgemäss geladenen Mitgliedern, von denen 15 anwesend waren, mit allen gegen 1 Stimme (Stadtrat Bachmeyer), wie folgt:			
	Von der Zuschrift des Direktorats des Studienseminars Neuburg a.d. Donau vom 18. ds. Mts. wurde Kenntnis genommen.			
	Der Stadtrat erklärt sich bereit:			
	1. den für das Denkmal in Aussicht genommenen Wolfgang Wilhelmplatz für die Aufstellung des Denkmals zur Verfügung zu stellen;			
	2. die Zurichtung des Platzes und die Aufstellung des Denkmals seinerzeit zu übernehmen, ferner			
	3. das Denkmal nach Fertigstellung in die Obhut der Stadt zu übernehmen und für die Instandhaltung einschliesslich der Speisung des am Denkmal angebrachten Brunnleins zu sorgen.			
	Der Stadtrat beschliesst in seiner heutigen Sitzung bei 19 stimmberechtigten, ordnungsgemäss geladenen Mitgliedern, von denen 15 anwesend waren, mit allen Stimmen, wie folgt:			
	Das Gesuch wird vorerst zurückgestellt bis eine			

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Beschluß Gegenstand
4	1452	-	Begehung der Gemeindegrundstücke.
5	1454	-	Wohnung im Hell-Hause A 63.
6	1450	-	Lehrmittel.

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Beschluß Gegenstand
			Die Begehung der Gemeindegrundstücke hinsichtlich Feststellung der Grenzzeichen wird einstimmig genehmigt.
			Kosten werden auf die Stadtkasse übernommen.
			Die Stadträte Hees und Forster werden hiezu abgeordnet.
			Stadtrat beschliesst einstimmig wie folgt:
			Infolge des Wegzuges der Frau Hauptlehrer Mader von hier nach Landshut ist die Parterrewohnung im Hellhause A 63, bestehend aus 2 Zimmern und Küche, freigeworden. - Der Stadtrat beschliesst, diese Wohnung in vollem Umfange weiter zu vermieten, womöglich wiederum an eine einzelstehende Person. - Das Wohnungsamt wird beauftragt, geeignete Wohnungsbewerber dem Stadtrat vorzuschlagen. Die Auswahl unter den Bewerbern behält sich der Stadtrat ausdrücklich vor.
			Einer Anregung des Herrn Stadtrates Mohr als Theaterreferenten, ein Zimmer dieser Wohnung von der Weitervermietung auszunehmen und dasselbe zur Aufbewahrung von Theaterrequisiten zu verwenden, kann mit Rücksicht auf die bestehende Wohnungsnot und die grosse Nachfrage gerade nach Wohnungen dieser Grösse nicht entsprochen werden.
			Die von der Schulleitung der Mädchenschule dahier beantragte Anschaffung einer Spülvorrichtung und sonstiger Artikel für die Schulküche, dann die Bepflanzung des Schulgartens mit Beerensträuchern und Zwetschgenbäumen und die Beschaffung von Geräten zur Bearbeitung des Gartens wird genehmigt. - Die Kosten sind aus der Stadtkasse zu bestreiten.

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Beschluß Gegenstand
9	1359.	-	Erteilung der Genehmigung zur Errichtung einer Sicherheits-Benzin-Tankanlage im Anwesen B 120 in Neuburg a. Donau - siehe beiliegende Beschlussabschrift. -
10	-	-	Anwesen B 253. hier Gesundheits- polizei.
11	1432.	-	Aufstellung eines Automaten.

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Beschluß Gegenstand
---------------------------	--------------------------	----------	------------------------

Nr. 1119.

Beschluss.

Betreff: Gesuch der Firma Naphta-Gesellschaft für Mineralölpro-
dukte m.b.H. in München, Prielmayrstrasse 18, um Er-
teilung der Genehmigung zur Errichtung einer Sicher-
heits-Benzin-Tankanlage nach dem System "Semper exakt"
der Werner-Handelsgesellschaft Düsseldorf in dem An-
wesen des Gastwirts und Speditours Karl Waldsperger in
Neuburg a.d. Donau, Hs. Nr. B 120.

Das vorbezeichnete Gesuch, eingelaufen am 3.10.28, wird
in jederzeit widerruflicher Weise polizeilich genehmigt unter
der Voraussetzung, dass die Ausführung der Tankanlage nach
Massgabe der vorgelegten Zeichnungen und Beschreibungen erfolgt.

Die durch die Ministerialentschlüssungen Nr. 3734 a/a 112
vom 17.12.27 auferlegten besonderen Bedingungen sind genauestens
einzuhalten. Die Ausführung hat in sorgfältigster Weise zu ge-
schehen.

Die wesentlichen Punkte für die Aufstellung in sicherheits-
technischer Hinsicht sind aus dem vom Bayer. Revisionsverein
München an die Mineralölfirmer hinausgegebenen Merkblatt zu ent-
nehmen.

Die Anlage darf nach Fertigstellung erst dann in Betrieb
genommen werden, wenn durch einen unabhängigen Sachverständigen
(Bayer. Rev. V. München) auf Grund einer Abnahmeprüfung die ord-
nungsgemässe Herstellung bestätigt und diese Bestätigung dem
Stadtrat Neuburg a.d. Donau vorgelegt ist.

Das Tanken der Kraftfahrzeuge auf dem Gehsteige und der
Fahrbahn in der Bahnhofstrasse ist aus Verkehrssicherheitsgründen
nicht gestattet; auch darf der Gehsteig während des Tankens
durch Kraftfahrzeuge nicht abgesperrt werden.

Etwa später noch notwendig werdende Auflagen bleiben vor-
behalten.

Von den Bestimmungen in §§ 30, 34 der VO. vom 9.6.02, betr.
leicht entzündliche Stoffe (GVBl. S. 211 ff.) wird in widerruf-
licher Weise Nachsicht erteilt.

Für diese Verfügung kommt eine Gebühr von RM 100.-- in An-
satz; sie fällt der Naphta-Gesellschaft für Mineralölprodukte
m.b.H. in München zur Last.

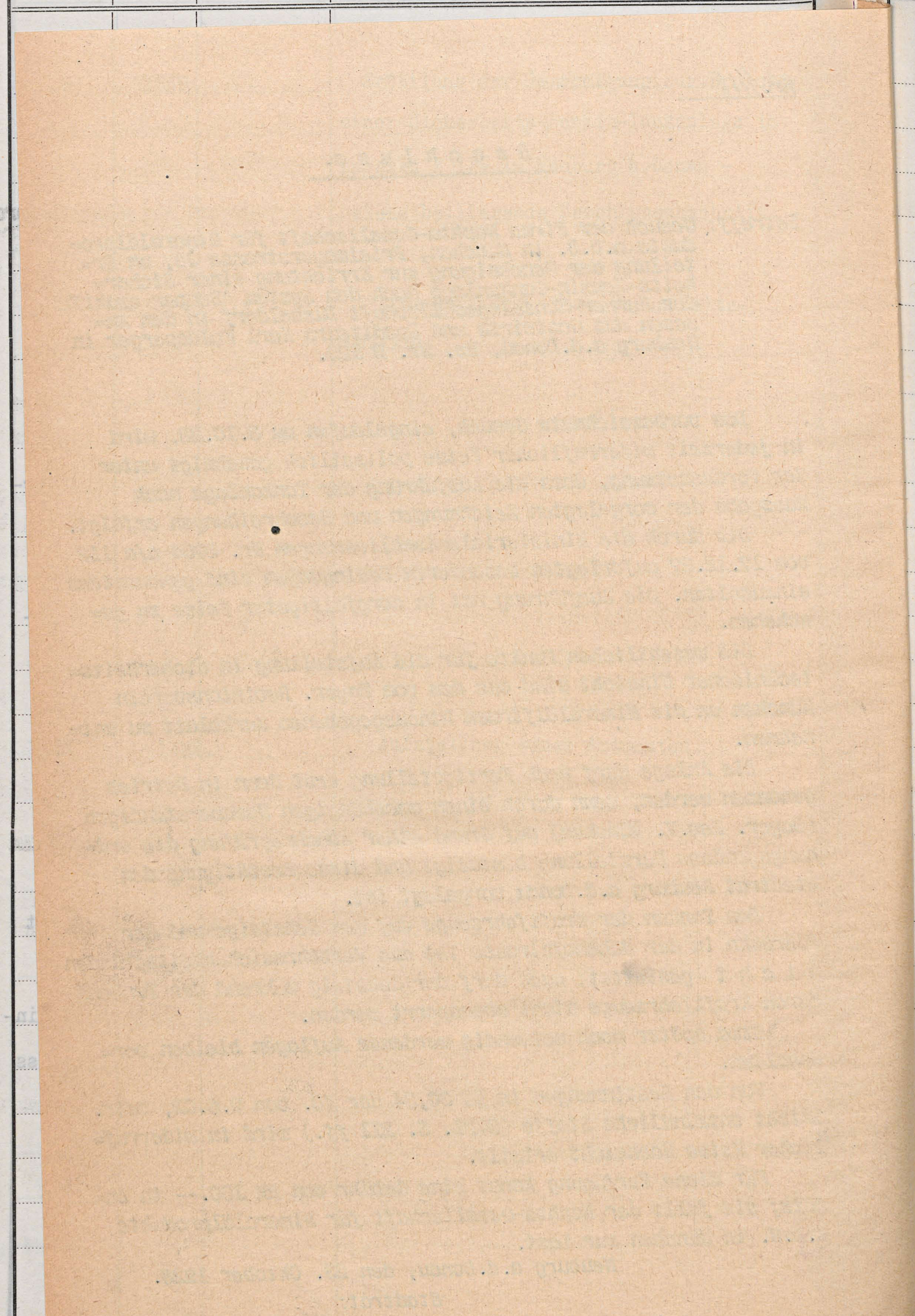
Neuburg a.d. Donau, den 23. Oktober 1928.

Stadtrat:

382

[Handwritten signature]

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Gegenstand
---------------------------	--------------------------	----------	------------



Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Beschluß	Gegenstand
---------------------------	--------------------------	----------	----------	------------

Siehe beiliegende Beschlussabschrift.

Die Zuschrift des Bezirksarztes dahier vom 10.ds.Mts. und das Gutachten des Stadtbauamtes vom 18.ds.Mts., betr. gesundheitswidrige Zustände im städt.Anwesen B 253 dahier, wurden in der heutigen Stadtratssitzung bekanntgegeben.

Stadtrat beschliesst einstimmig, den Mieter des Anwesens, Schreiner Heinrich Kreil, zur Beseitigung des Schweine-
stalles und der Mistgrube in seinem Hofe, die er ohne
Genehmigung des Stadtrates errichtet hat, bis spätestens
1.Dezember 1928 zu veranlassen.

Dem Gesuche des Herrn Hermann H o l z e r dahier A 53
um Genehmigung zur Aufstellung eines Schokoladen-Automaten
vor seinem Anwesen kann nicht stattgegeben werden, da in
Uebereinstimmung mit dem Industrie- und Handelsgremium ein
Bedürfnis zur Anbringung solcher Automaten für den Kleinver-
kauf von Schokolade nicht anerkannt werden kann und die
Genehmigung solcher Gesuche nur zur Folge hat, dass auch
andere Firmen die gleiche Forderung stellen.- Das liegt nicht
im Interesse der hiesigen Geschäftswelt und erscheint auch
aus erzieherischen Gründen für die Jugend nicht zweckmässig.
Auch würde damit keine Zierde für die Stadt geschaffen
werden.

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Beschluß Gegenstand
12	1447	-	Klein Johann, Kanzleisekretär, Pensionsgesuch.

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Beschluß Gegenstand
			II. <u>Geheime Sitzung.</u>
			Der Stadtrat Neuburg a.d. Donau beschliesst in seiner heutigen Sitzung bei 19 stimmberechtigten, ordnungsgemäss geladenen Mitgliedern, von denen 15 anwesend waren, mit allen Stimmen, wie folgt:
			Herr Kanzleisekretär Johann K l e i n wird wegen Fortdauer seiner Erkrankung ab 1. November 1928 in den dauernden Ruhestand versetzt.
			Seine pensionsfähige Dienstzeit berechnet sich wie folgt: Geboren am 8. Mai 1866; volljährig am 8. Mai 1887. 8. Mai 1887 - 30. Sept. 1890: Bataillonsschreiber 15. Inf. Regt., 1. Okt. 1890 - 31. Dez. 1894: Rechnungshilfe in der Verwaltungskanzlei der Geschützgiesserei Ingolstadt = 7 Jahre 7 Monat 23 Tage. Anerkannt und genehmigt durch Beschlüsse der beiden städt. Kollegien vom 7/20. XI. 1916. 1. Jan. 1895 - 31. Okt. 1928: Vollbeschäftigter berufsmässiger Gemeindebeamter beim Stadtrat Neuburg a. Donau = 33 Jahre 10 Monat - Tg. 1. Aug. 1914 - 31. Dez. 1918: Beamtendienstzeit während des Krieges zu 1/2 gerechnet = 2 Jahre 2 Monat 15 Tage Sa. 43 Jahre 8 Monat 8 Tage-, somit 80 Pensionsprozente. Der Ruhegehalt selbst berechnet sich aus dem zuletzt

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Beschluß Gegenstand
15	-	-	Entschädigung des Bademeisters Ludwig Müller.
16	1446.	-	Anwesen A 81 der Frau Wäcker.

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Beschluß Gegenstand
			<p>Strafantrages Umgang zu nehmen, da Kaufmeier ihm als im hohen Grade geistig minderwertig erscheint.</p> <p>Dem Badeaufseher Ludwig Müller dahier wird für besondere Arbeitsleistungen in der Badeanstalt und für Mit- hilfe seiner Ehefrau beim Badebetrieb neben seinem Wochen- lohne eineeinmalige Entschädigung von RM. 500.-- für die Bade- saison 1928 bewilligt.</p> <p>Nach Bekanntgabe der Mitteilung des Stadtbauamtes vom 19. ds.Mts., wonach die Besitzerin des Anwesens A 81 dahier, Frau Walburga Wäcker, der polizeilichen Auflage vom 31.Juli 1928, das auffällige Wohnhaus bis 1.Oktober 1928 zu räumen und abbrechen zu lassen, bis jetzt nicht nachgekommen ist, beschliesst der Stadtrat bei 19 stimmberechtigten, ord- nungsgemäss geladenen Mitgliedern, von denen 17 anwesend waren, mit allen Stimmen wie folgt:</p> <p>Unter Hinweis auf den Bericht des Stadtbauamtes vom 30.Januar 1928 und 28.Juli 1928 wird die Eigentümerin des Anwesens A 81 in Neuburg, Frau Walburga Wäcker, zum letztenmale aufgefordert, das Wohnhaus vor Eintritt der Schneeperiode, sohin bis spätestens 1.Dezember 1928, soweit es auffällig ist, abbrechen zu lassen.</p> <p>Die Insassen haben bis zu diesem Zeitpunkte ihre Wohnungen zu räumen und wird das Wohnungsamt angewiesen, dass diesen vor allen anderen anspruchsberechtigten Wohnungs- suchenden eine Wohnung - und wenn auch vorerst nur eine Notwohnung - zuzuweisen ist.</p>

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Befehl	Gegenstand
17	1448	Holzgartenaufseher.		

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Beschluß Gegenstand

- 2 -

sicht auf die städtischen Arbeiter (von denen einige wegen Mangel an Mitteln ausgestellt werden mussten); 5.) Rücksicht auf die anderen Beamten; 6.) anderweitiges Entgegenkommen dem betreffenden Beamten gegenüber; 7.) finanzielle Notlage der Stadt. - Lauter rein sachliche Gründe!)

Ich stelle fest, dass sofort darauf ein Herr der linken Seite dieses Hauses wörtlich sagte: Ja, warum haben Sie das nicht vor der Abstimmung gesagt? Das soll doch wohl zum mindesten heissen: Dann hätte ich es mir noch einmal überlegt, ob ich dem Gesuche zustimmen kann. - Ich konstatiere weiter, dass ein anderes prominentes Mitglied des Stadtrates, der für das Gesuch gestimmt hatte, erklärte: Diese, (von Professor Gromer angegebenen) Gründe sind vollständig richtig; dagegen kann man gar nichts einwenden. - Nur nebenbei bemerke ich noch, dass derselbe Herr nach der Sitzung mir erklärte: Es ist ganz recht, oder so ist es gut, dass es so gegangen ist.

Diese Tatsachen rechtfertigen doch unsere Stellungnahme in der Angelegenheit; sie sind eine Anerkennung dafür, dass schwerwiegende Gründe uns zur Ablehnung des Gesuches bestimmten.

Dass die von mir angegebenen Gründe stichhaltig waren, ergibt sich aus der weiteren Tatsache, dass der Eventualantrag des betreffenden Beamten, es möchte ihm im Falle der Ablehnung seiner Beförderung eine Vergütung aus der Sparkasse gewährt werden, einstimmig abgelehnt wurde. - Wenn die Herren eine Besserstellung des Beamten hätten herbeiführen wollen, hätten sie ja noch einmal Gelegenheit dazu gehabt. Sie haben aber diese Gelegenheit nicht ergriffen.

Völlig unbegreiflich und fast unglaublich erscheint es mir, wenn ein Stadtrat zu dem betreffenden Beamten gesagt haben soll: Wenn die Herren gewusst hätten, was Sie alles zu leisten haben, dann hätten sie sicher Ihrer Beförderung zugestimmt. -

392

Beschluß

- 3 -

Das ist ein schwerer Vorwurf, dass wir uns nicht genügend informiert hätten über die Angelegenheit. Ich weise das mit aller Entschiedenheit zurück: Wir haben die Sache eingehend erörtert und geprüft. Die Gründe für die Ablehnung habe ich ja angegeben, ich brauche sie nicht zu wiederholen. - Sodann widerspräche diese Aeusserung dem, was der betreffende Herr im Stadtrat und mir persönlich gegenüber bemerkt hat, dass unsere Gründe für die Ablehnung vollständig richtig seien.

Ich habe diese Konstatierungen gemacht, um Legendenbildungen vorzubeugen, bezw. sie wieder aus der Welt zu schaffen.

Ich möchte aber noch einige allgemeine Bemerkungen anfügen:

1. Wenn einmal Sparsamkeit notwendig ist, und davon sind wir wohl alle überzeugt, dann muß sie auf allen Gebieten, auch in Personalangelegenheiten, durchgeführt werden, soweit sie nicht eine Härte oder Ungerechtigkeit für den betreffenden Beamten darstellt.
2. Ich habe im Stadtrat wiederholt betont, dass unsere städtischen Beamten den bayerischen Staatsbeamten völlig gleichgestellt sein sollen. Ich erinnere daran, dass vor etwa einem halben Jahre das auf meinen Antrag hin einstimmig beschlossen wurde. - Dann soll aber auch die Stadt mit Rücksicht auf ihre finanzielle Notlage nicht über das hinausgehen, was der Staat für seine Beamten leistet. (Es ist recht eigenartig, wenn seinerzeit gelegentlich der Regelung der Gehaltsverhältnisse der Beamten manchmal recht kräftige Worte gesprochen wurden, und wenn jetzt von gleicher Seite die Bereitwilligkeit besteht, die Gemeindebeamten höher einzustufen, als der Staat es mit seinen Beamten tut. Es ist seinerzeit das Wort kolportiert worden, das ein Herr gesprochen haben soll: Man sollte alle Parteikollegen totschiessen, welche der geplanten Gehaltsregelung der Beamten zustimmen!)
3. Ich weiss von ganz zuverlässiger Quelle, dass die Staatsregierung

393

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Gegenstand

- 4 -

damit umgeht, den Gemeinden neue finanzielle Lasten aufzulegen. Wie ich dagegen sagte: Das ist unmöglich, die Gemeinden sind finanziell so schlecht daran, dass sie ihre eigenen Zinsen nicht mehr bestreiten können, sagte man mir: Die Gemeinden machen grosse Aufwendungen, also müssen sie Geld haben. - Ich fragte weiter: Welche Aufwendungen machen die Gemeinden: Prompt lautete die Antwort: Wenn die Gemeinden nicht Geld hätten, könnten sie ihre Beamten nicht viel höher einstufen, als der Staats seine Beamten einstuft. - Wir sollten also jede Ausgabe, auch für Personalangelegenheiten, reiflich überlegen, um grösseres Unheil von der Stadt abzuwenden. - Ich darf weiterhin daran erinnern, dass ein Ausgleichsstock für die Gemeinden, Bezirke und Kreise errichtet worden ist. Zuschüsse können nur solche Gemeinden erhalten, die überlastet sind. Ueberlastung liegt nur dann vor, wenn die Gemeinden trotz Erschöpfung ihrer ordentlichen Einnahmequellen und trotz sparsamer Wirtschaft nicht in der Lage sind, ihren gesetzlichen Aufgaben und Verpflichtungen nachzukommen. - - Ich glaube, dass diese Erwägungen uns veranlassen müssen, auf allen Gebieten sparsam zu sein. - Jedem das seine! Auch unseren städtischen Beamten! Aber über das hinauszugehen, was der Staat für seine Beamten leistet, ist angesichts der finanziellen Lage der Stadt und mit Rücksicht auf die Konsequenzen nicht zu verantworten. Wir Stadträte haben für die Interessen der ganzen Stadt, der ganzen Bürgerschaft, Arbeiterschaft und Beamtenschaft einzutreten. Wir haben vor einigen Monaten die Umlagen aus der Haus- und Gewerbesteuer erhöhen müssen. Es wäre nicht zu verantworten, wenn die Erträge für eine nicht unbedingt notwendige Sache verwendet würden.

Noch eine letzte Frage habe ich kurz zu stellen:

Seinerzeit wurde ein Antrag im Stadtrate einstimmig angenommen, wonach städtische Beamte in persönlichen Angelegen-

394

Beschluß

- 5 -

heiten sich nicht an einzelne Stadträte wenden sollen, und die Stadträte in solchen Angelegenheiten sie nicht annehmen dürfen. Besteht das noch zu recht oder nicht?

Neuburg a.d. Donau, den 23. Oktober 1928.

Professor

Dr. Gromer

Mitglied des Stadtrates.

395

Die Erklärung des Stadtrates Dr. Gromer hat zur Kenntnis gedient.
Der Stadtratsvorsitzende bedauert, wenn Indiskretionen aus der Stadtrats-sitzung vorgekommen sind, erklärt aber, daß dagegen disziplinar nicht eingeschritten werden kann, da nach der Gemeindeordnung - Art. 17 - ein Dienststrafverfahren gegen ehrenamtliche Mitglieder des Stadtrates nicht zulässig ist, wenn die Pflichtverletzung die Dienstentlassung begründet. Die Verhängung von Ordnungsstrafen gegen ehrenamtliche Mitglieder des Stadtrates ist nicht zulässig.
Was die weitere Frage anbelangt, ob der Beschluß noch in Kraft sei, wonach städtische Beamte in Personalangelegenheiten sich nicht an Mitglieder des Stadtrates wenden sollen, so ist diese Frage zu bejahen. Er wird diesen Beschluß den sämtlichen Beamten neuerdings in Erinnerung bringen. Notwendig sei freilich, daß die Stadtratsmitglieder sich ebenfalls an den Beschluß halten und die betreffenden Beamten in solchen Fragen unter Berufung auf den Beschluß kein Gehör geben.

Stadtrat Neuburg a.D.

[Signature]

Latteier

No. 20

Stadtrats-Sitzung

abgehalten am Montag, den 5. November 1928.

Gegenwärtig:

I. Vorsitzender:

Oberbürgermeister Mayer.

2. Die bürgerlichen Stadträte:

Scherer	Döllgast
Loibl	Lautenschlager <i>mtf.</i>
Wink <i>als 2. amnest.</i>	Metzger <i>mtf.</i>
Heiß	Mohr <i>mtf.</i>
Dr. Gromer	Burghart
Forster	Hees
Wünsch	Schöffel
Bunk	Rathgeber
Nebelmair.	Bachmeyer.

Anwesend: 16 stimmberechtigte Mitglieder.

3. Verwaltungsoberinspektor Latteier.